2018/44 Ausland

https://jungle.world/artikel/2018/44/flucht-vor-der-gewalt

Tausende Migranten aus Mittelamerika machten sich in einer »Karawane« auf den Weg in die USA. Trump will sie nicht reinlassen

Flucht vor der Gewalt

Von **Kathrin Zeiske**

Ein Flüchtlingstreck aus Honduras ist auf dem Weg in die USA. Er stellt die regionale Migrationskontrolle auf die Probe.

Auf der Verbindungsstraße Panamericana schiebt sich eine bunte Menge an Menschen voran. Manche tragen die honduranische Flagge. Tausende Männer, Frauen und Kinder haben sich Mitte Oktober von Honduras aus auf den Weg in die USA gemacht. Sie haben Honduras' Nachbarland Guatemala durchquert und befinden sich nun in Mexiko. Je nachdem, welchen Ort an der Grenze zu den USA sie anstreben, haben sie noch immer ungefähr 1 500 bis 3 500 Kilometer Wegstrecke vor sich. Grenzstädte wie Matamoros und Reynosa an der Golfküste wären am schnellsten zu erreichen, doch dort herrscht ein Bandenkrieg zwischen dem Golfkartell und dessen Konkurrenz, den Zetas – eine Art von Gewalt, der die Menschen mit dem Treck eigentlich entfliehen wollen. In der texanischen Grenzstadt El Paso, an die das mexikanische Ciudad Juárez grenzt, sind die konservativsten Asylrichter der USA zu finden. In Tijuana, das am weitesten entfernt ist, erwarten die Migranten hingegen am ehesten Unterstützung, dort liegt der liberale US-Bundesstaat Kalifornien auf der anderen Seite der Grenze.

> Trump streute das Gerücht, dass sich »Personen aus dem Nahen Osten« in die »Karawane« gemischt hätten, und will weitere 800 Soldaten an die Grenze schicken.

US-Präsident Donald Trump hatte zunächst erfolglos gedroht, Honduras finanzielle Unterstützung zu streichen, sollte es diese »Karawane« nicht aufhalten. Der honduranische Präsident Juan Orlando Hernández schickte den Migranten bezahlte Anhänger seiner Nationalen Partei (PN) hinterher, um dann wenigstens diese scheinbar erfolgreich zurückbeordern zu können. In Honduras begann der PN eine Verleumdungskampagne gegen die linke Oppositionspartei Libre. Diese stachele die Honduraner auf, ihr unter der Regierung Hernández prosperierendes Land zu verlassen, so die Vorwürfe. Der Konservative Hernández war vor einem Jahr nach einer manipulierten Wahl im Amt bestätigt worden, obwohl eine weitere Amtszeit verfassungswidrig war. Ihm

wird die Umleitung von Geldern des öffentlichen Gesundheitssystems auf seine Privatkonten und seiner Partei die Gleichschaltung öffentlicher Institutionen vorgeworfen.

Für Trump und seine Abschottungspolitik zahlt es sich nun aus, dass er die Migrationskontrolle auf das Territorium Mexikos vorgelagert hat. Der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto schickte Einheiten der Migrations- und Bundespolizei, um die »Karawane« vor der südmexikanischen Grenzstadt Tapachula aufzuhalten. Auf der Brücke über den Fluss Suchiate, der dort die Grenze zwischen Mexiko und Guatemala bildet, setzte die Polizei Tränengas ein und ging gewaltsam gegen die mindestens 4000 Migranten vor. 1 700 Personen wurden festgenommen. Am Sonntag starb ein Honduraner bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und der mexikanischen Polizei auf der Grenzbrücke.

In Tapachula befindet sich das größte Abschiebegefängnis Lateinamerikas. Die aus der »Karawane« Festgenommenen wurden jedoch auf das ehemalige Expogelände von Tapachula gebracht, wo sie in Campingzelten untergebracht sind. Sie können dort einen Asylantrag stellen und haben damit das Recht, 45 bis 90 Tage im Land zu bleiben. Verlassen sie das Gelände, können sie jederzeit abgeschoben werden. Vergangenes Jahr wurden nur 13 Prozent der insgesamt 14 500 in Mexiko gestellten Asylanträge angenommen. Der übrige Flüchtlingstreck hat unterdessen den mexikanischen Bundesstaat Oaxaca erreicht, nachdem die Menschen eine erneute Attacke der Bundespolizei über sich ergehen lassen mussten.

Die Migration aus Honduras, Guatemala und El Salvador hat sich im vergangenen Jahrzehnt zu einer Fluchtbewegung gewandelt. Santiago Martínez, Migrationsexperte und Universitätsdozent aus Tapachula, empört sich über mangelnde Solidarität in seinem Umfeld: »Dies ist keine Migrationskrise, es ist eine Fluchtkrise.« Denn aus Mittelamerika brächen nicht mehr junge Männer im arbeitsfähigen Alter in die USA auf wie noch zur Jahrtausendwende. Heutzutage seien es ganze Familien, die über Nacht alles zurücklassen müssten, um vor der Gewalt von Jugendbanden und Drogenhändlern zu fliehen, vor Vertreibungen für Großprojekte sowie vor der umfassenden Straflosigkeit in den mittelamerikanischen Ländern. Besonders in Honduras hat sich die Situation seit dem Putsch im Jahr 2009 gravierend verschlechtert. Durch den Zerfall der demokratischen Institutionen und dem Machtzuwachs des international organisierten Drogenhandels haben Korruption, Armut, Gewalt und Straflosigkeit dort rapide zugenommen. »Die Menschen haben ein Anrecht auf Asyl, und das muss im Einzelfall überprüft werden, bevor die mexikanischen Behörden sie zurückschicken«, so Martínez.

In den vergangenen Jahren taten sich immer wieder Menschen aus Mittelamerika zusammen, um sich auf dem Weg durch Mexiko in die USA gegenseitig Schutz zu bieten. Denn die mexikanische Polizei und Drogenkartelle nutzen die Schutzlosigkeit von Migranten für Überfälle und Massenentführungen. Doch der Großteil der Migration gen Norden erfolgt klandestin: selbstorganisiert oder mit professionellen Fluchthelfern. Im ersten Halbjahr 2018 wurden fast 37 000 Honduraner und Honduranerinnen aus den USA

und Mexiko in ihr Herkunftsland abgeschoben. Zwei Drittel dieser Abschiebungen hat der mexikanische Staat ausgeführt, der sich zu einer Art vorgelagerten Grenze der USA entwickelt hat. Reisende ohne Papiere nutzen Güterzüge, um die zahlreichen Kontrollen auf mexikanischen Landstraßen zu umgehen.

Es gibt auch humanitäre Visa in Mexiko, die einen 90tägigen Aufenthalt im Land ermöglichen, genug Zeit für die Familien, um die USA zu erreichen. Doch Trump drohte per Twitter, dass er der »Karawane« keinen Einlass gewähren werde. Im Sommer hatte die rigide US-Einwanderungspolitik weltweit Schlagzeilen gemacht, als bekannt geworden war, dass der US-Grenzschutz Jugendliche, Kinder und selbst Babys getrennt von ihren erwachsenen Verwandten festhielt. Trump streute nun das Gerücht, dass sich »Personen aus dem Nahen Osten« unter die Flüchtlinge gemischt hätten, und will weitere 800 Soldaten an die Grenze schicken, an der bereits seit dem Frühling die Nationalgarde patrouilliert. Der mexikanische Kommissar für Öffentliche Sicherheit, Renato Sales, widersprach dem US-Präsidenten: Weder Angehörige von Jugendbanden noch islamische Terroristen seien in der »Karawane« zu finden. Währenddessen stockt die paramilitärische Miliz Minutemen in Texas laut ihres Vorsitzenden Shannon McGauley ihre bewaffneten Gruppen auf, um den Flüchtlingsmarsch aufzuhalten.

Der designierte mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, der am 1. Dezember sein Amt antreten soll, hatte den Menschen aus Honduras schon bei ihrer Einreise nach Mexiko Arbeitsvisa zugesichert. Peña Nieto könnte diese wegen des Drucks aus den USA, die Weiterreise zu verhindern, gewähren. Die Südgrenze Mexikos, eine grüne Grenze zwischen Flüssen, Vulkanen und Urwald, wird derzeit von der mexikanischen Marine überwacht. Mittlerweile ist am Grenzfluss Suchiate eine weitere »Karawane« mit ungefähr 1 000 Personen angekommen. Eine dritte macht sich aus El Salvador auf den Weg nach Norden. Viele der Familien sind mit Kinderwagen unterwegs.

© Jungle World Verlags GmbH